

Interpellation Nr. 133 (Dezember 2025)

gegen die Erhöhung der Studiengebühren - was plant Basel-Stadt?

25.5539.01

Im Zuge des Kürzungspaketes des Bundes (offiziell "Entlastungspaket 2027" genannt) sollen Studiengebühren verdoppelt und für ausländische Studierende sogar vervierfacht werden. Laut der Antwort zur Schriftlichen Anfrage 24.5428.01 vom Dezember 2024 werde sich der Regierungsrat "*in der aktuellen Diskussion dafür einsetzen, dass die Studiengebühren in der Schweiz auf dem heutigen Niveau verbleiben.*" Diese aktuell national und bikantonal laufende Diskussion erfordert eine klare Stellungnahme.

Ebenfalls in der Antwort der genannten Schriftlichen Anfrage wird aufgezeigt, dass sich der Anteil der Erträge aus Studiengebühren an den strukturellen Erträgen (ohne Drittmittel) niedrigen Prozentbereich bewegt und damit für die Finanzierung der Unis und Hochschulen vernachlässigbar sind - "Spardruck" hin oder her. Kommt dazu, dass eine - wie aktuell vorgesehen - Erhöhung der Studiengebühren dem UNO-Pakt I, dem die Schweiz beigetreten ist, widerspricht. Dort wird nämlich festgehalten, dass "*höhere Bildung gleichermaßen allen auf der Grundlage ihrer Leistungsfähigkeit durch jedes geeignete Mittel und insbesondere durch die schrittweise Einführung der unentgeltlichen Bildung zugänglich gemacht werden soll*".

Die Interpellantin bittet den Regierungsrat, zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

1. Wie steht der Regierungsrat zur drohenden massiven Erhöhung der Studiengebühren?
2. Wird der Regierungsrat – gemäss obiger Aussage – beim Bund aktiv werden, um die Studiengebühren auf dem heutigen Niveau verbleiben zu lassen? Wenn ja, mit welchen Mitteln?
3. Welche Möglichkeiten bieten sich dem Regierungsrat und dem Kanton Basel-Stadt, um die drohenden Studiengebührenerhöhungen bei Umsetzung des EP 27 abzufedern (Stichworte: Zugänglichkeit und Erweiterung des Stipendienwesen)?
4. Wie hoch schätzt der Regierungsrat die erwarteten Mindereinnahmen bei der Universität Basel ein, wenn das "Entlastungspaket" vollumfänglich umgesetzt würde?
5. Wäre der Kanton bereit, die Finanzierungslücke des EP 27 selber zu schliessen, um die negativen Effekte abzufedern?

Maria Ioana Schäfer